|  |  |
| --- | --- |
| **Nr.** **04/2017** | **6. Februar 2017** |

**DE**

**Der Euro kann nur überleben, wenn die politischen Entscheidungsträger verstehen, dass wir Europäer zusammengehören, und endlich an einem Strang ziehen**

Zivilgesellschaft und Politiker diskutieren die Zukunft des Euro und die Möglichkeiten einer weiteren Vertiefung der WWU

**Es gibt keine gangbare Alternative zu einem politischeren Euroraum, in dem die den Bürgern wichtigen Kernprioritäten stärker im Mittelpunkt stehen als spezifische messbare Ziele und technische Fragen. Einmal mehr fordert der EWSA die politischen Entscheidungsträger der EU auf, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) weiter zu beschleunigen, um mehr Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten sicherzustellen und den Wohlstand der EU, ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Widerstandskraft gegen externe Schocks insgesamt im Rahmen eines Konzepts der geteilten Souveränität zu stärken.**

Das war eine der wesentlichen Schlussfolgerungen der hochrangig besetzten Debatte zum Thema [*Zukunft des Euro – Risiken und Chancen der Phase 2 der Vertiefung der WWU*](http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-future-for-euro), die der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) am 2. Februar veranstaltete. Mit der Debatte sollte die erforderliche Konsensbildung über einen ehrgeizigen Fahrplan zur Vollendung der WWU bis 2025 als Teil einer umfassenden Vision der Zukunft der EU vorangebracht werden.

*„Was die Bürger und Wirtschaftsakteure in Europa dringend brauchen, ist die Verantwortungswahrnehmung und eine Richtungsvorgabe seitens der europäischen Führung, vor allem in der Diskussion über die fehlenden Bausteine einer echten WWU“,* so **Joost van Iersel**, Vorsitzender der Fachgruppe Wirtschaft des EWSA. *„Die wirtschaftlichen, fiskalischen, finanziellen, sozialen und politischen Aspekte müssen gemeinsam vorangebracht werden, selbst wenn dies eine Änderung der Verträge erfordert – nur so lässt sich der Integrationsprozess der EU fortführen und insbesondere der Bestand des Euro sichern.*

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Euro“, **Thomas Wiesner**, betonte: „*Der jetzige Rechtsrahmen der WWU stößt an seine Grenzen. Jetzt brauchen wir echte Veränderungen*. *Auch wenn der Euro eine stabile Weltwährung ist, haben die einzelnen Mitgliedstaaten doch ganz unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle der Fiskalpolitik.Was uns fehlt, ist strukturelle Konvergenz, und das verursacht Ungleichgewichte*“.

**Massimo Suardi**, stellvertretender Kabinettchef von Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis, hob die bisherigen Leistungen hervor, über die positiver berichtet werden müsse, während **Alfred Camilleri**, Staatssekretär im maltesischen Finanzministerium, die Prioritäten des Ratsvorsitzes auf dem Gebiet der WWU erläuterte, wie wirtschaftspolitische Steuerung, Investitionen, Kapitalmarktunion, Besteuerung und Finanzdienste. „*Der maltesische Ratsvorsitz plant, das Weißbuch über die Zukunft Europas und der WWU bereits im April auf die Tagesordnung der informellen Sitzung des ECOFIN-Rates zu setzen*“, unterstrich er.

Anschließend folgte eine Expertenrunde, in der die **verschiedenen Gefahren und Chancen im Zusammenhang mit der Vollendung der WWU** in Phase 2, wie im Bericht der fünf Präsidenten skizziert (2017–2025), erörtert wurden. Die Diskussionsteilnehmer aus einzelstaatlichen, europäischen und internationalen Institutionen sowie aus einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen und Thinktanks legten eine große Palette an Ideen und Optionen vor, die für die kurz-, mittel- und langfristige Steuerung des Euroraums geprüft werden sollten. Trotz unterschiedlicher Ansichten über die jeweils einzusetzenden Mechanismen bestand ein breiter Konsens darin, dass wir Europäer zusammengehören und dass zum jetzigen kritischen Zeitpunkt **der politische Wille, an einem Strang zu ziehen, der fehlende Baustein** zur Lösung der Probleme des europäischen Aufbauwerks sei.

Die Veranstaltung versteht sich als Beitrag zu dem von der Kommission angekündigten **Weißbuch zur Zukunft der EU, einschließlich der Zukunft der WWU** und den **Gesprächen auf dem EU‑Gipfeltreffen anlässlich des 60. Jahrestags der Römischen Verträge** im März dieses Jahres.

**Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:**

Milen Minchev, EWSA-Pressedienst

E-Mail: press@eesc.europa.eu

Tel.: +32 2 546 87 53

*Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss gewährleistet die Vertretung der verschiedenen Akteure der organisierten Zivilgesellschaft aus Wirtschaft und Gesellschaft. Er ist eine beratende Versammlung und wurde 1957 durch die Römischen Verträge errichtet. Im Rahmen seiner beratenden Funktion können seine Mitglieder und damit auch die Organisationen, die sie vertreten, am Beschlussfassungsprozess der EU mitwirken. Dem Ausschuss gehören 350 Mitglieder aus allen EU-Staaten an, die vom Rat der Europäischen Union ernannt werden.*